

---

## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

Bei den DDR-Kommunalwahlen im Mai 1989 deckten Bürgerrechtsgruppen Wahlbetrug auf. Bereits im Vorfeld forderten sie freie, demokratische Wahlen und riefen dazu auf, mit "Nein" zu stimmen oder die Stimmabgabe zu verweigern. Das Ministerium für Staatssicherheit beobachtete die folgenden Protestaktivitäten und wertete auch die Reaktionen kirchlicher Amtsträger zu den Wahlen aus.

Spätestens seit Mitte der 80er Jahre lag das politische und wirtschaftliche System der DDR am Boden. Immer mehr Menschen kehrten ihrem Land den Rücken. Viele derer, die blieben, brachten ihre Unzufriedenheit deutlicher denn je zum Ausdruck. Politische Veränderungen in Polen und in der Sowjetunion gaben ihnen Mut und Hoffnung auf einen Wandel auch in der DDR.

Am 7. Mai 1989 waren die Bürgerinnen und Bürger der DDR aufgerufen, anlässlich der Kommunalwahlen den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme zu geben. Wie immer stand nur diese eine Liste zur Auswahl. Mit "Ja" zu stimmen, bedeutete, den Stimmzettel zu falten und in die Wahlurne einzuwerfen. Für ein "Nein" musste jeder einzelne Kandidat in den obligatorisch aufgebauten Wahlkabinen sauber waagrecht durchgestrichen werden. Andere Kenntlichmachungen führten zu einer ungültigen Stimmenabgabe. Im Volksmund wurden die Wahlen daher auch als "Zettelfalten" bezeichnet.

Schon bei den vorangegangenen Volkskammerwahlen waren Vorwürfe der Wahlfälschung über westliche Medien erstmals öffentlich geworden. Anfang 1989 riefen verschiedene Gruppen von Oppositionellen zum Wahlboykott auf, forderten freie Wahlen und die Beobachtung der Stimmenauszählung. Letztere war nach § 37 (1) des DDR-Wahlgesetzes öffentlich und auch nach der Verfassung der DDR nicht verboten.

Trotzdem war angesichts der Erfahrung früherer Repressalien, auch durch die Stasi, die Teilnahme daran ein mutiger Schritt. Doch auch diese Aussichten konnten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nicht davon abhalten, extra spät zur Wahl zu gehen oder gegen 18:00 Uhr erneut die Wahllokale aufzusuchen, um die Auszählung zu beobachten. Landesweit fanden in etwa 1.000 Wahllokalen die Stimmenauszählungen unter ihrer Teilnahme statt. Die von den tatsächlichen Wahlergebnissen abweichenden veröffentlichten Zahlen sorgten für zahlreiche Proteste in vielen Städten.

Die Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen bei der Aufdeckung des Wahlbetrugs gab der Bürgerrechtsbewegung erheblichen Auftrieb. Das Thema blieb durch regelmäßige Aktionen, vor allem Demonstrationen am 7. Tag jedes Monats, bis zum Herbst präsent. Eine Übersicht über Protestaktivitäten gegen den Wahlbetrug legt die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit (ZAIG) im Juni 1989 vor. Das Papier enthält außerdem genauere Angaben zu den Nichtwählerinnen und -wählern und zeigt, dass das Protestverhalten mittlerweile auch jenseits der oppositionellen Milieus in Bevölkerungskreisen zunahm, die bis dahin nicht weiter auffällig gewesen waren. Die Stasi analysierte dabei besonders Reaktionen und Verhalten kirchlicher Amtsträger, da diese im Verdacht standen, Oppositionsgruppen zu unterstützen.

Außerdem enthält das Papier einen Vergleich des Wahlverhaltens 1989 mit den Kommunalwahlen 1984 und den Volkskammerwahlen 1986. Dabei zeigt sich unterhalb der Ebene des offenen Protests eine erhebliche Zunahme von abweichendem Verhalten, wie das Aufsuchen der Wahlkabine oder die Abgabe ungültig gemachter Stimmzettel. Schließlich wird eine kurze Übersicht zu Motiven für die Nichtteilnahme an dem Wahlritual vorgelegt.

---

**Signatur:** BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

### Metadaten

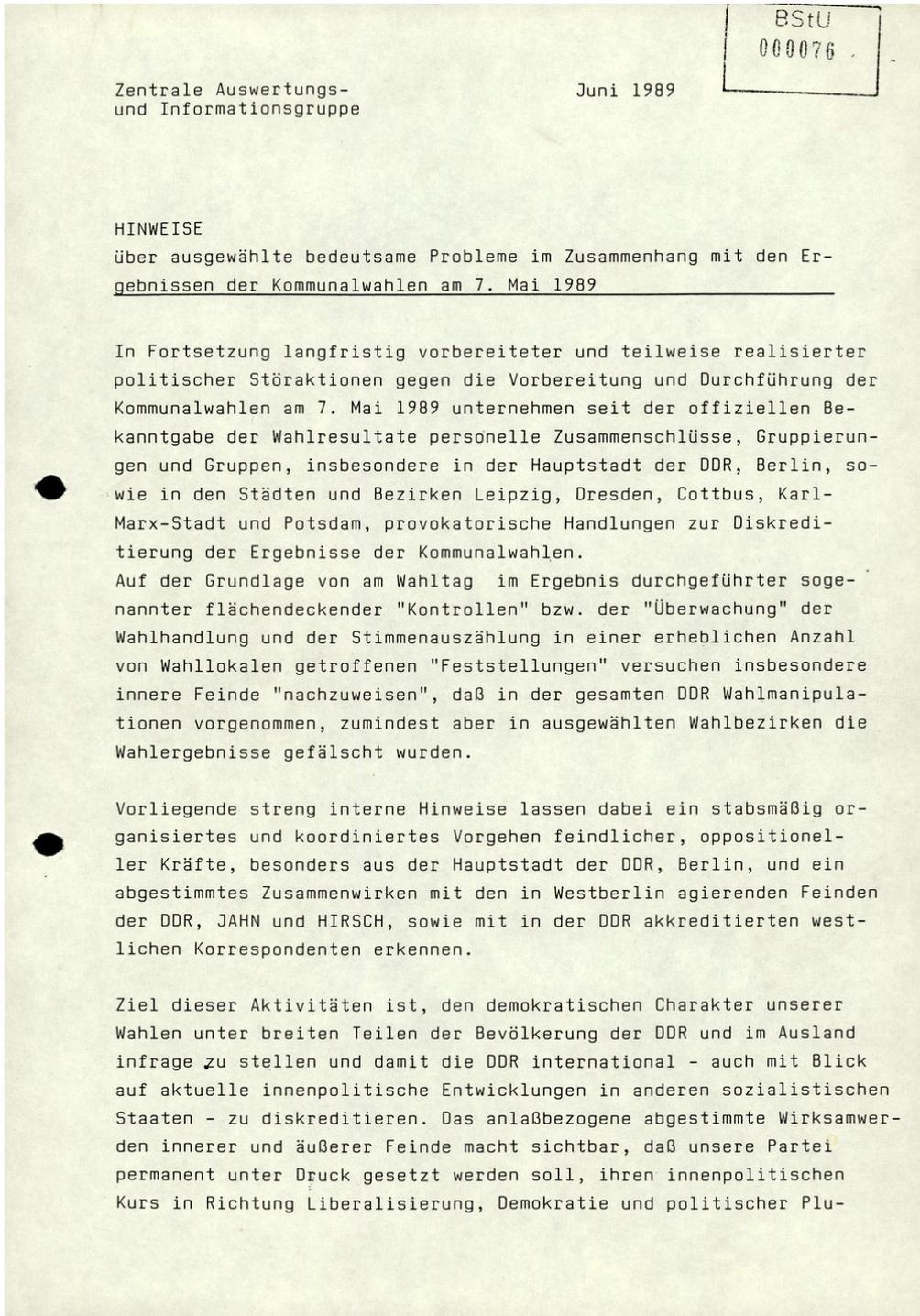
Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Datum: Juni 1989

und Informationsgruppe  
Überlieferungsform: Dokument

Rechte: BStU



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 76



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

BStU  
000078

2

ralismus westlicher Prägung zu verändern und das politische System des Sozialismus für ein legales Wirksamwerden feindlicher, oppositioneller Kräfte zu öffnen. Innere und äußere Feinde zielen auf die langfristige Schaffung von Spielraum für unkontrollierte gesellschaftspolitische Bewegungen und damit auf eine Destabilisierung der politischen Machtverhältnisse in der DDR.

Um angeblich festgestellte Verstöße gegen die Wahlordnung der DDR und Manipulationen der Wahlergebnisse öffentlichkeitswirksam bekannt zu machen und Forderungen nach Einsichtnahme in Wahlunterlagen, nach Überprüfung und Annullierung der Wahlergebnisse, nach Bestrafung für den "Wahlbetrug" Schuldiger bis hin zu Forderungen nach Ausschreibung von Neuwahlen gemäß § 43 des Wahlgesetzes zu stellen, wurden feindliche, oppositionelle und andere negative Kräfte sowie weitere Personen u. a. wirksam durch

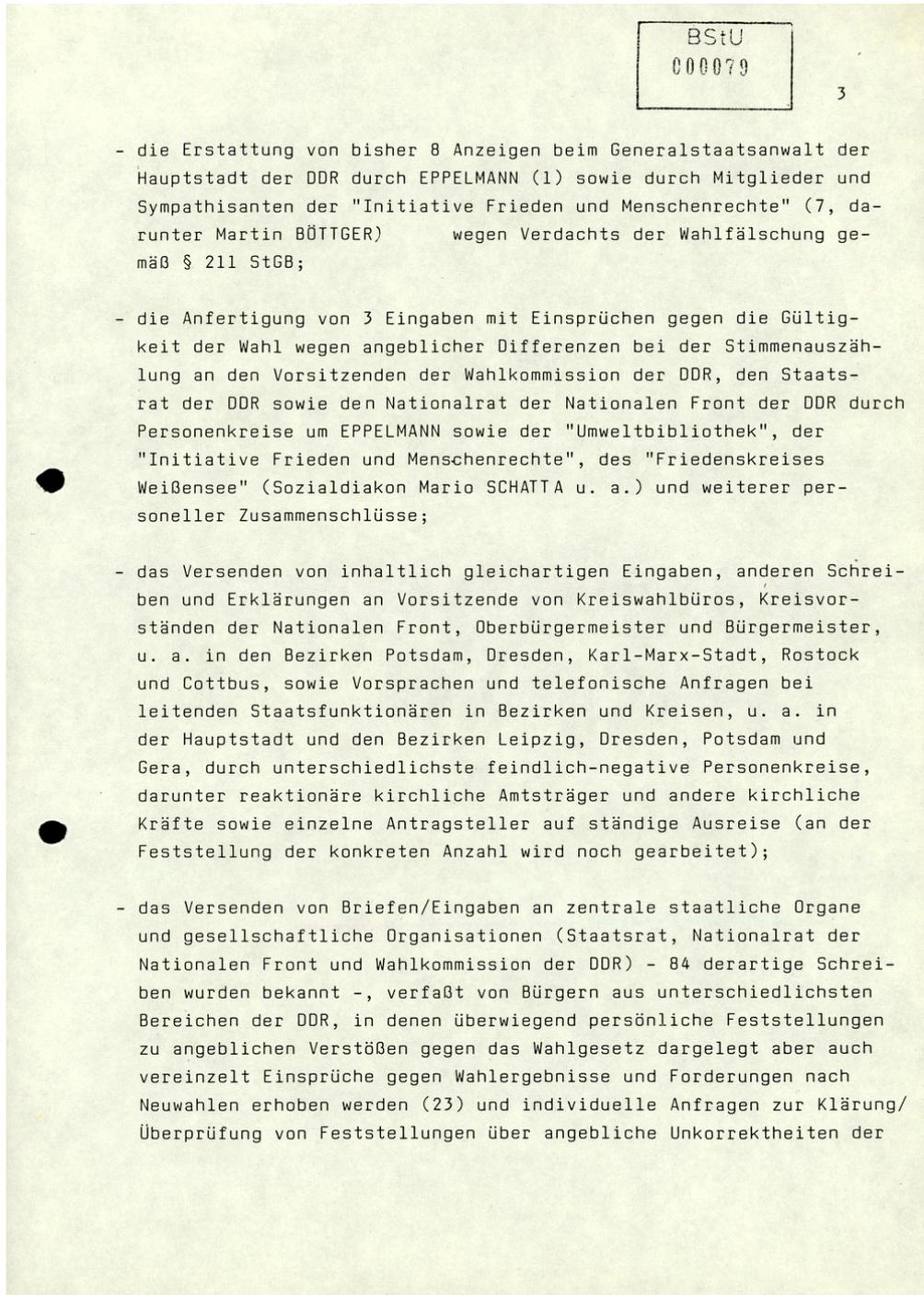
- die Verbreitung einer sog. öffentlichen Stellungnahme zu den Kommunalwahlen 1989, initiiert durch solche hinlänglich bekannten Inspiratoren/Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit und reaktionäre kirchliche Amtsträger aus der Hauptstadt der DDR, Berlin, wie Werner FISCHER, Mario SCHATT A, Ulrike POPPE und Frank-Herbert MIßLITZ sowie die Pfarrer SIMON (Zionskirchengemeinde) und SCHNEIDER (Elisabethkirchengemeinde), unterzeichnet von 18 sog. kirchlichen Basisgruppen überwiegend aus der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie eines von demselben Personenkreis verfaßten "Einspruchs gegen die Gültigkeit der Kommunalwahlen 1989 in Berlin", gerichtet an den Nationalrat der Nationalen Front der DDR;
- die Verbreitung von durch Mitglieder sog. kirchlicher Basisgruppen verfaßten "Kontrollberichten" über angebliche Wahlmanipulationen in der Hauptstadt der DDR, Berlin, (Titel: "Ergebnisse der Kommunalwahlen 1989 nach der Auszählung durch unabhängige Beobachter") und in Potsdam (Titel: "Wahlbeobachtung in Potsdam") an Gleichgesinnte und weitere politisch negative Personen in der DDR;

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 78



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

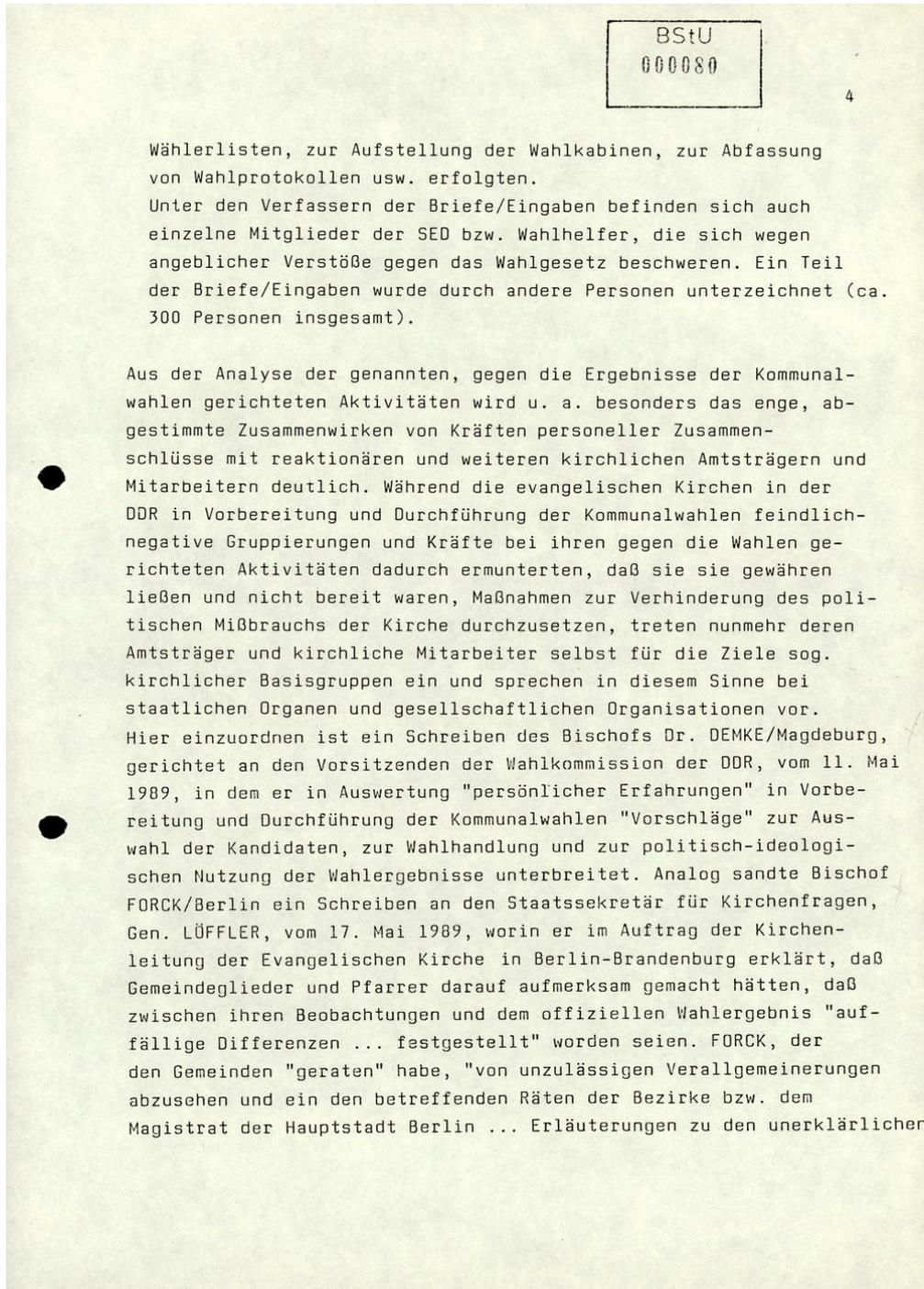


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 79



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

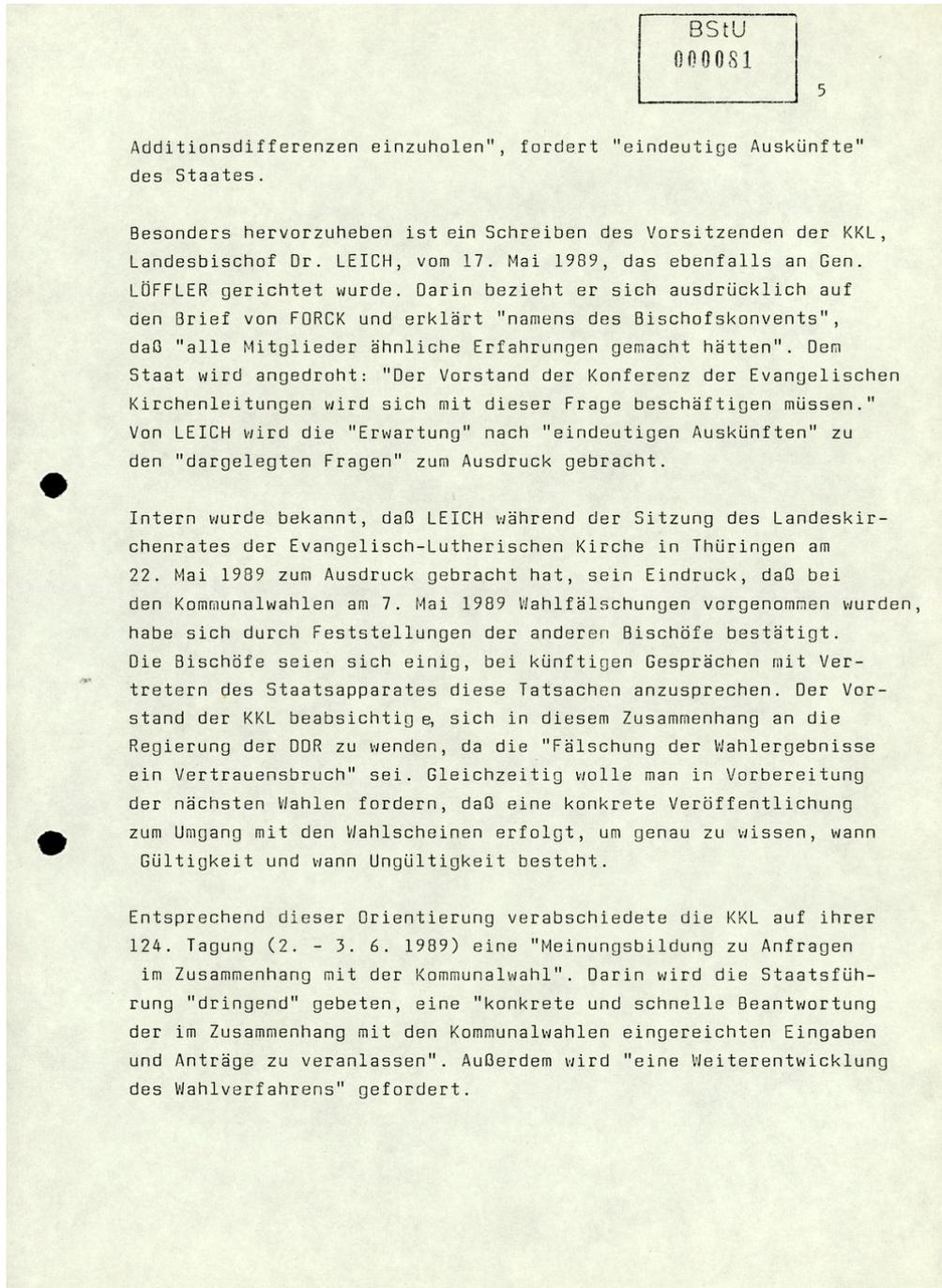


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 80



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 81



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

BStU  
000082

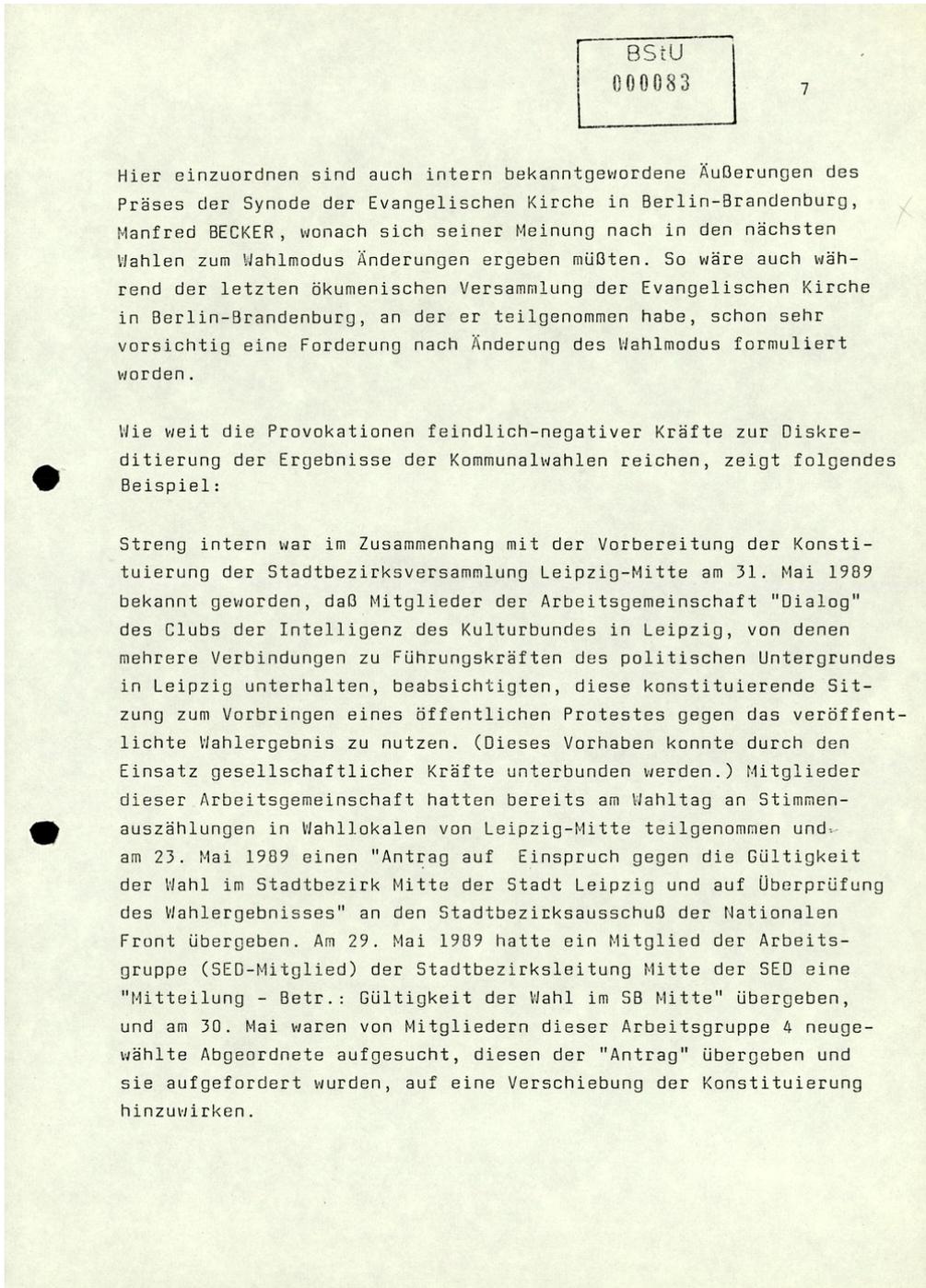
6

In diesem Zusammenhang ist wesentlich festzustellen, daß sich feindliche, oppositionelle Kräfte in weiterer Auswertung der Ergebnisse der Kommunalwahlen bereits jetzt langfristig auf ein feindlich-negatives Wirksamwerden in Vorbereitung und Durchführung der Volkswahlen 1991 einstellen. Im Rahmen verschiedener kirchlicher Veranstaltungen, in denen z. T. offen von "Wahlbetrug" gesprochen wurde, und Zusammenkünfte feindlich-negativer Gruppierungen und Kräfte erfolgten erste dementsprechende Orientierungen. So orientierten sog. Friedens- und Ökogruppen in Greifswald auf weitere "Auswertungsveranstaltungen" zu den Kommunalwahlen, um Schlußfolgerungen für die nächsten Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen zu ziehen. Die Anwesenden bei einer Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft "Offene Kirche" in der Evangelisch-Lutherischen St.-Pauli-Kreuzkirchengemeinde in Karl-Marx-Stadt am 9. Mai 1989 vertraten den Standpunkt, daß die in zwei Jahren stattfindenden Volkswahlen durch die Kirche in allen Sonderwahllokalen und Wahllokalen so "unter Kontrolle gestellt werden müßten, damit endlich wahre Zahlenangaben zum Wahlergebnis veröffentlicht würden".

Während einer durch bekannte Inspiratoren/Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit am 19. Mai 1989 in weiterer Auswertung der Kommunalwahlen durchgeführten Veranstaltung im Evangelischen Gemeindezentrum "Heinrich Gruber" in Berlin-Hohenschönhausen wurde dem Vorschlag zugestimmt, die in Vorbereitung der Kommunalwahlen gebildete "AG Koordinierung Wahlen" fortbestehen zu lassen, um langfristig gegen die Volkskammerwahlen im Jahre 1991 gerichtete Handlungen vorzubereiten. Bezogen auf diese Veranstaltung ist des weiteren bedeutsam, daß die Anwesenden befürworteten, weitere Eingaben an staatliche Organe und eine zusammenfassende Dokumentation durch die "Koordinierungsgruppe Wahlen" zu erarbeiten. Ein derartiges nichtgenehmigtes Druckerzeugnis "Wahlfall 89 - Eine Dokumentation" wurde erstmalig auf einer Veranstaltung am 8. Juni 1989 in der Gethsemanekirche verbreitet. Diese 30seitige "Dokumentation" faßt bekannte "Erklärungen", "Offene Briefe", Eingaben feindlicher, oppositioneller u. a. negativer Kräfte in Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Wahlen zusammen.



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

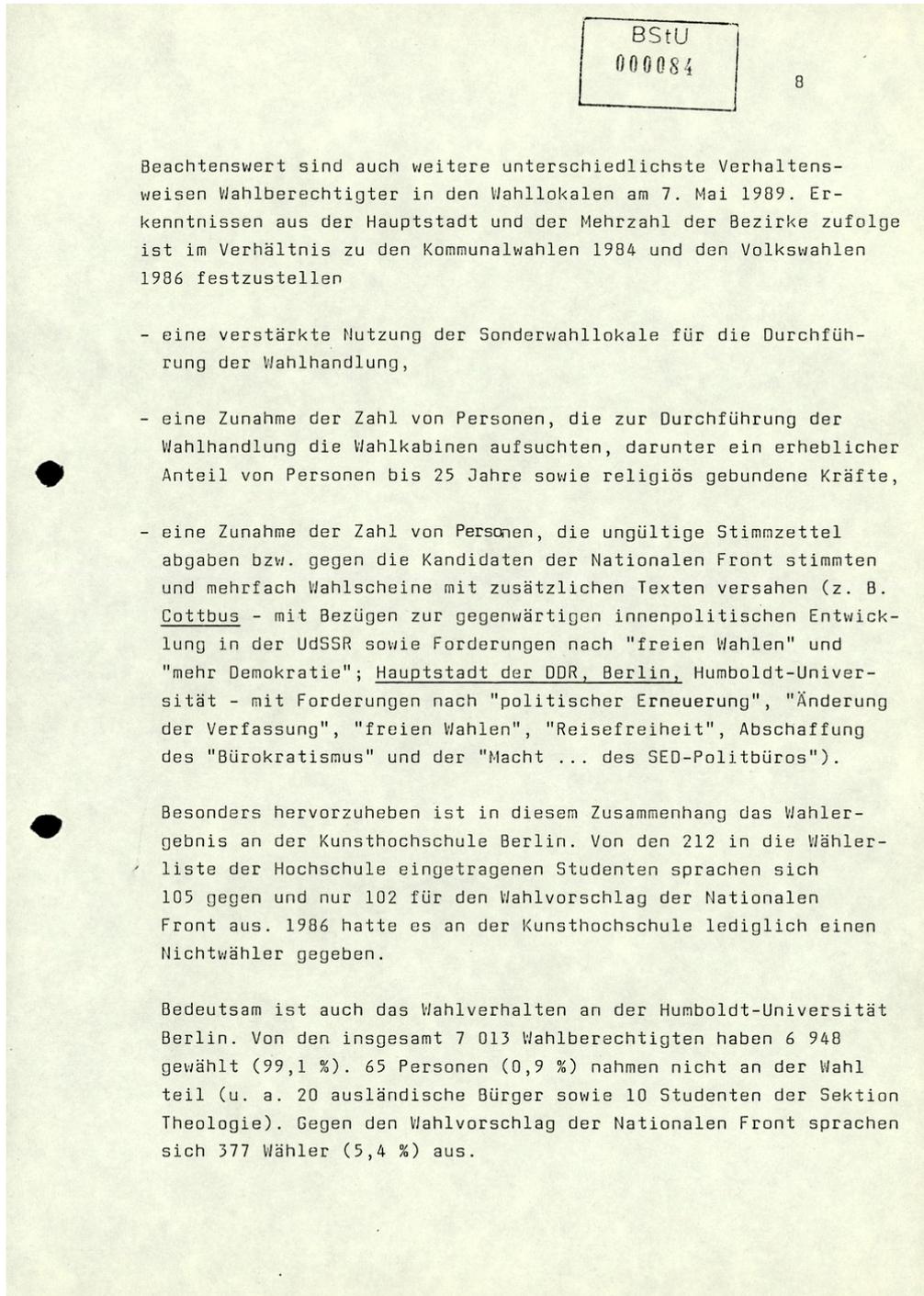


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 83



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

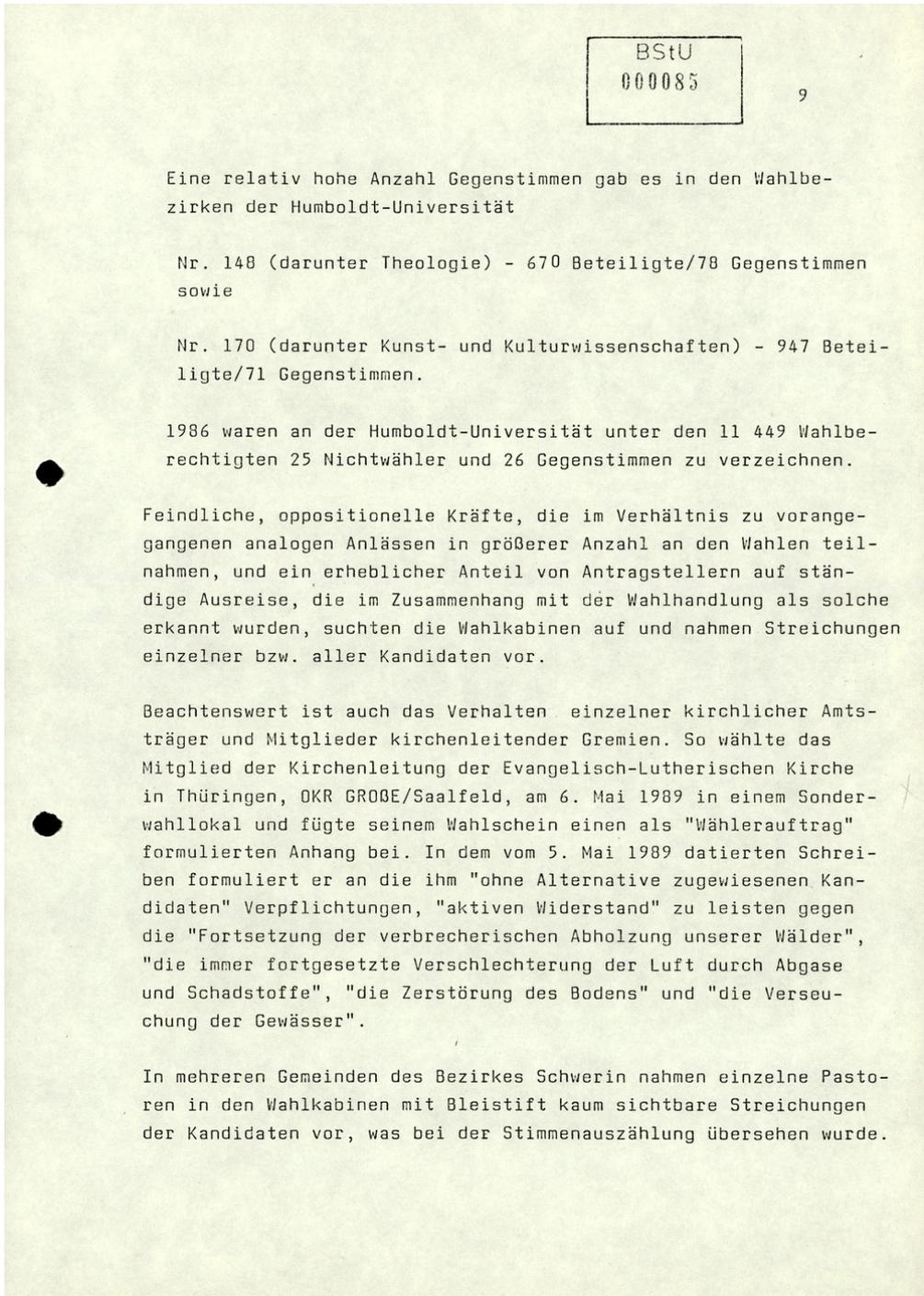


Signatur: BSStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, BL 76-93

Blatt 84



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

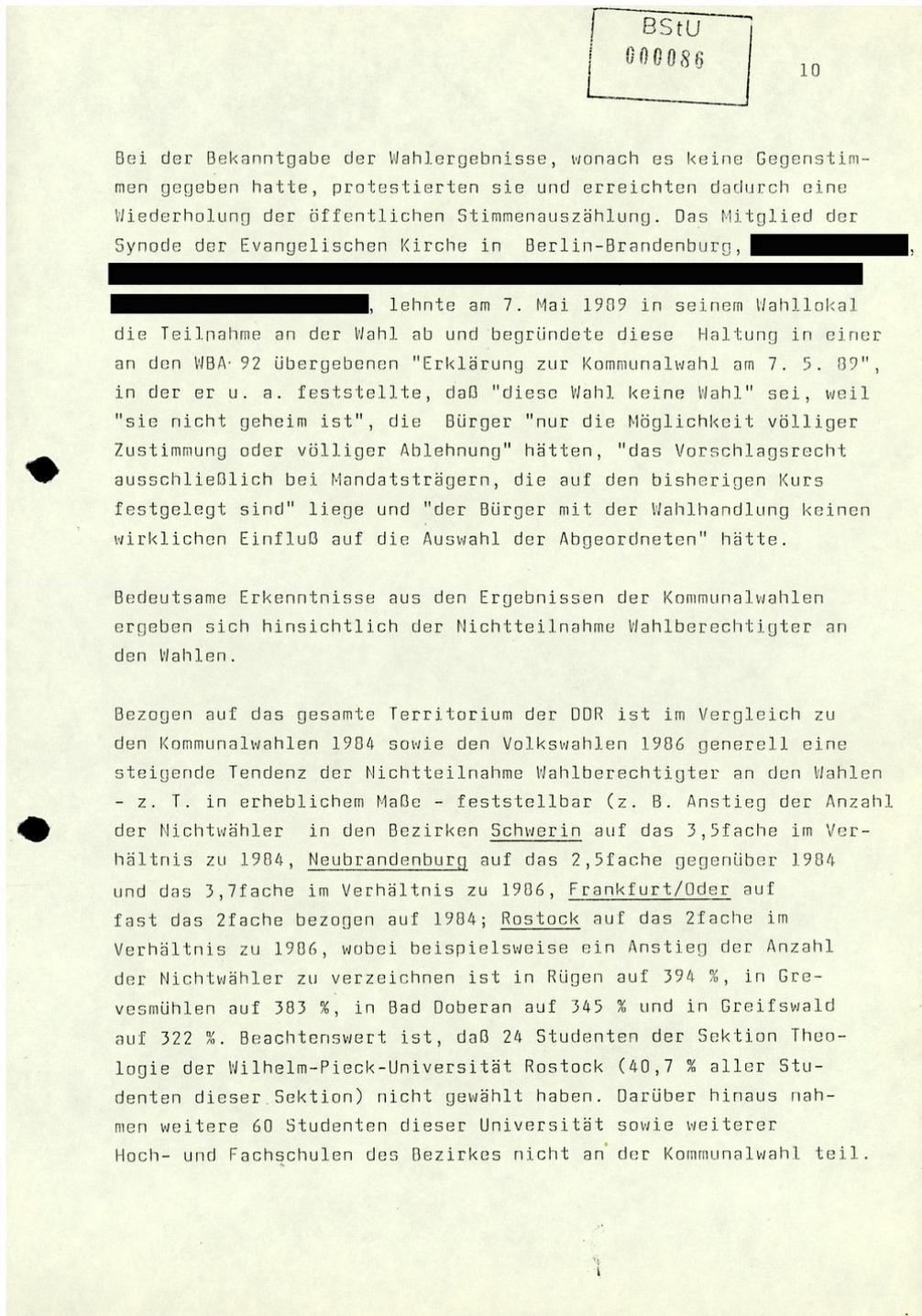


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 85



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

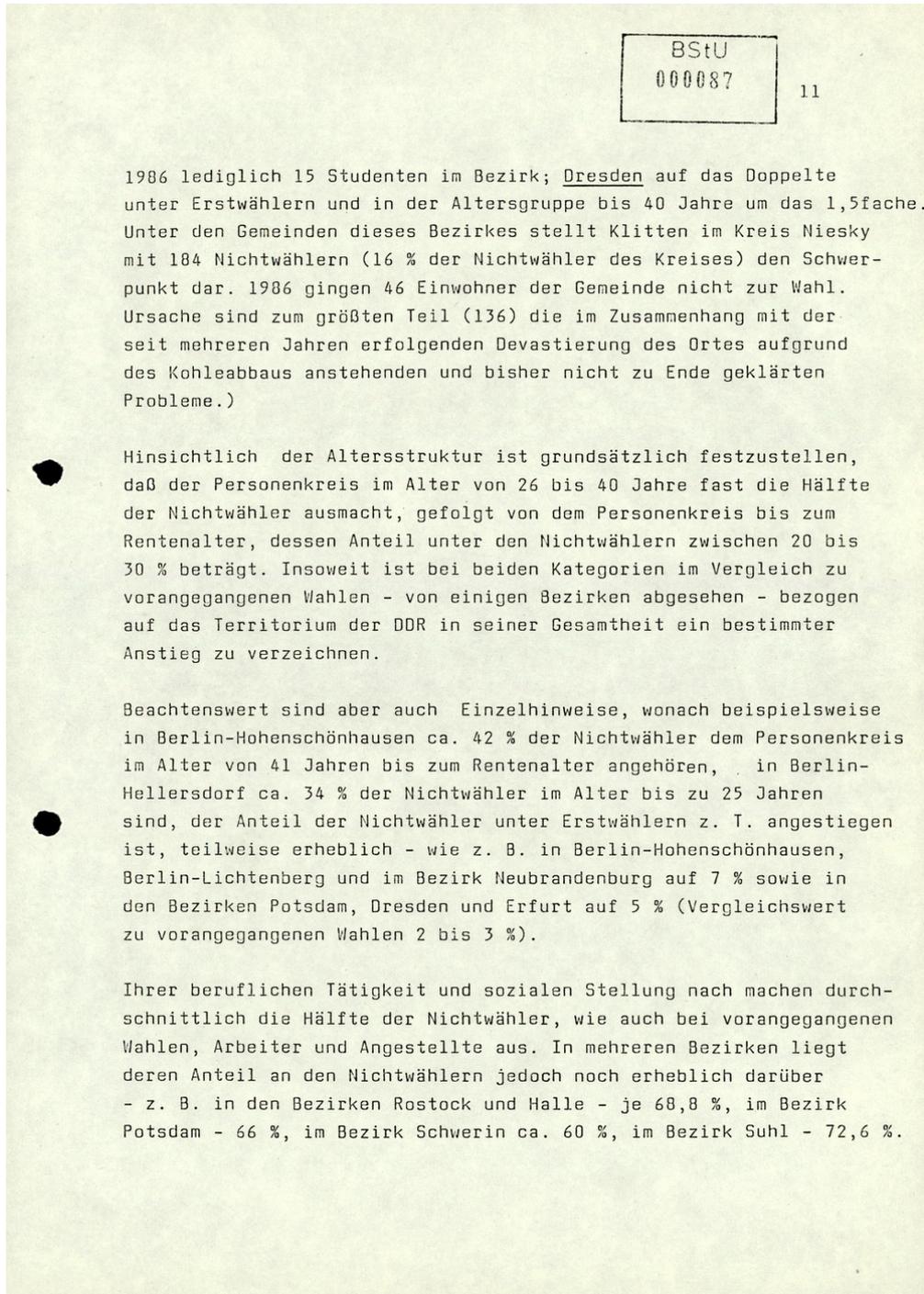


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 86



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

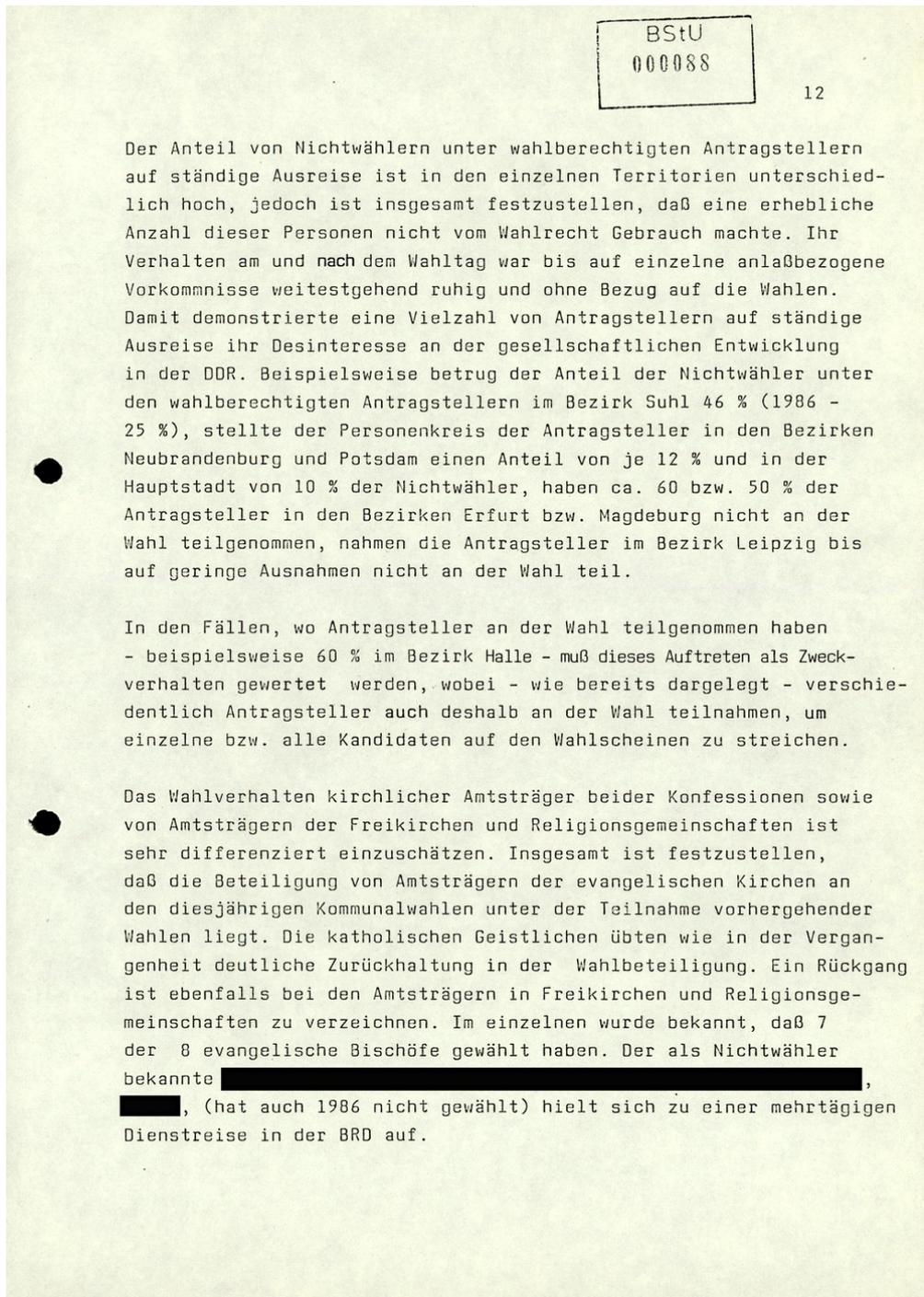


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, BL 76-93

Blatt 87



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

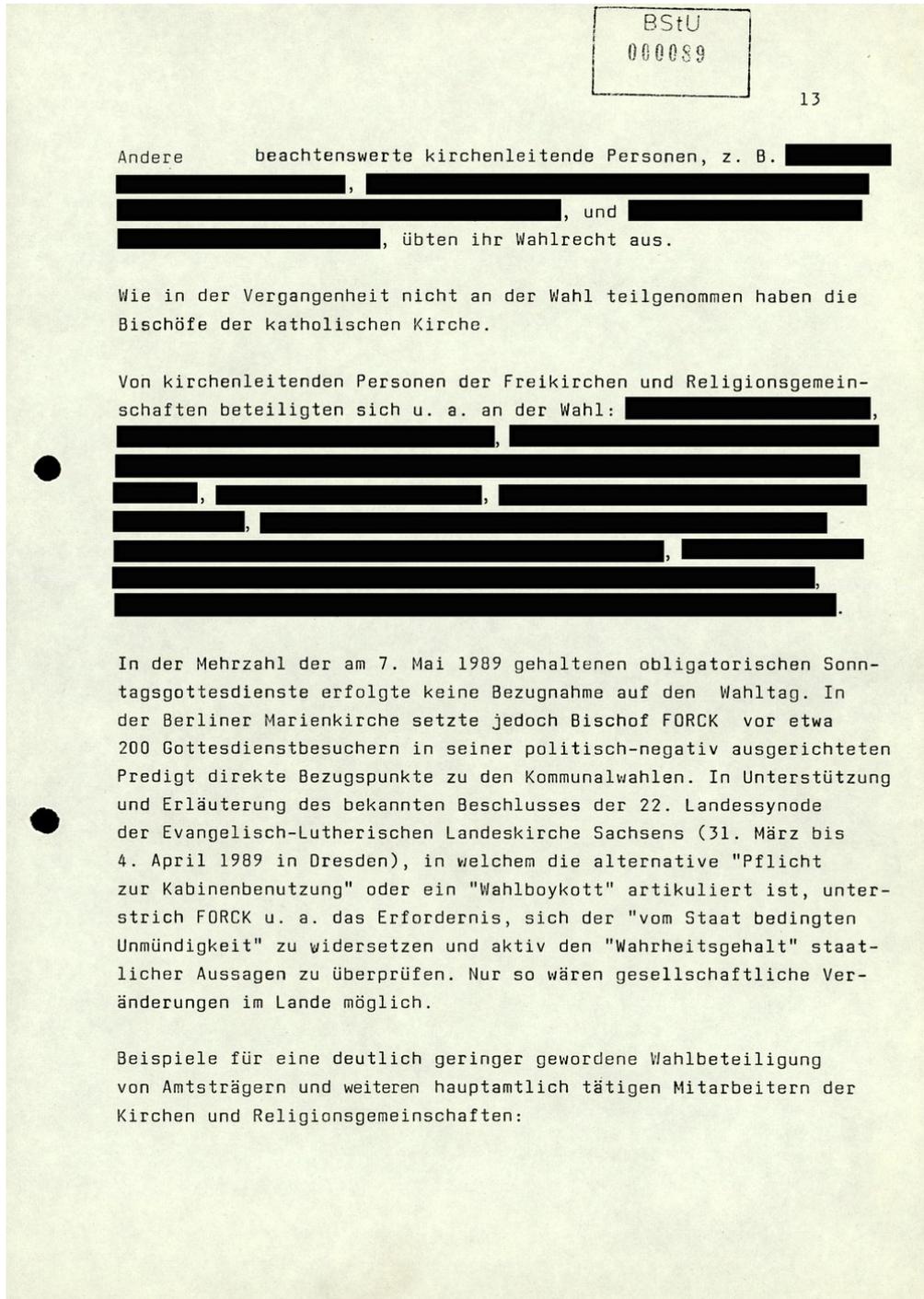


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, BL 76-93

Blatt 88



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

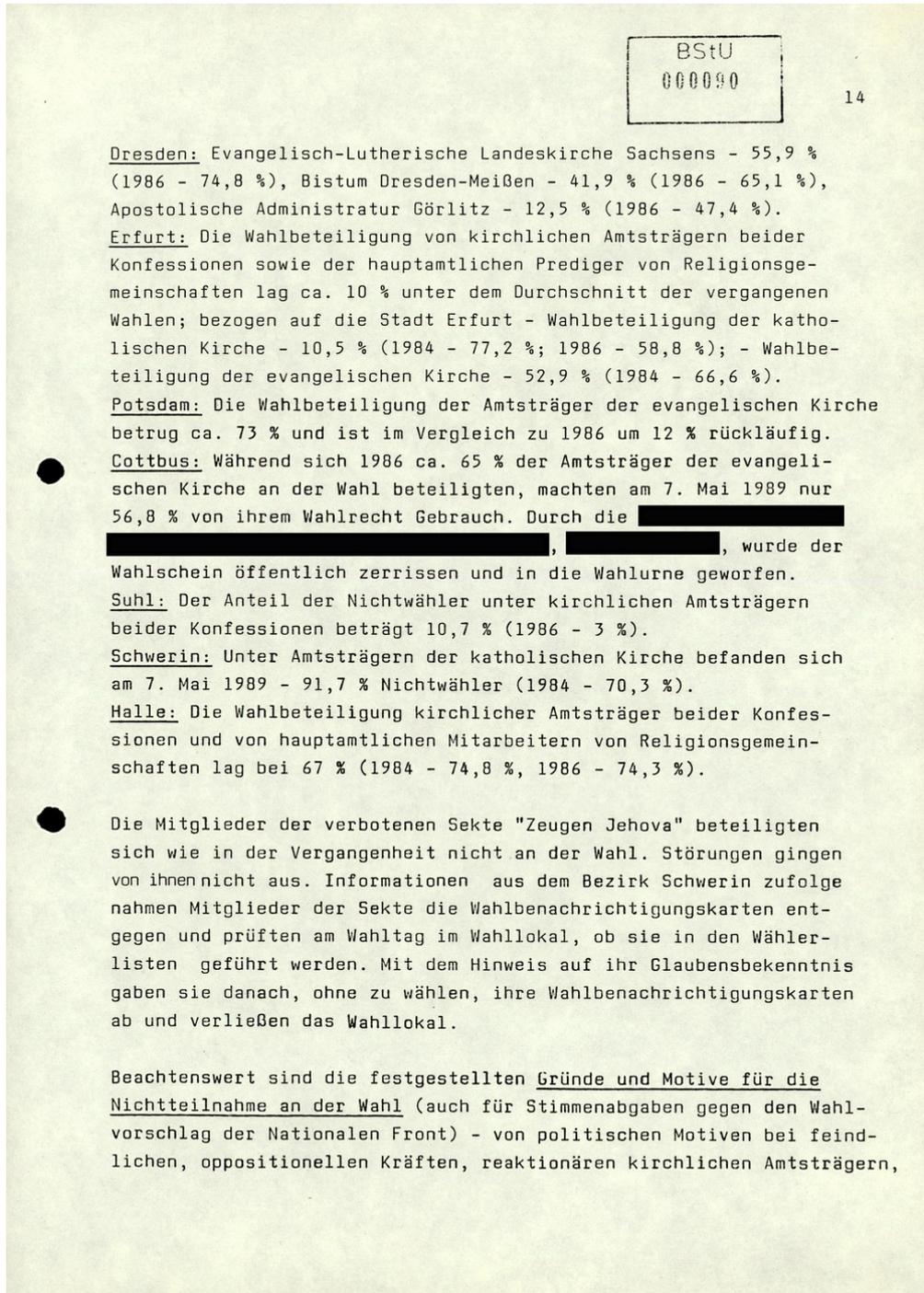


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 89



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

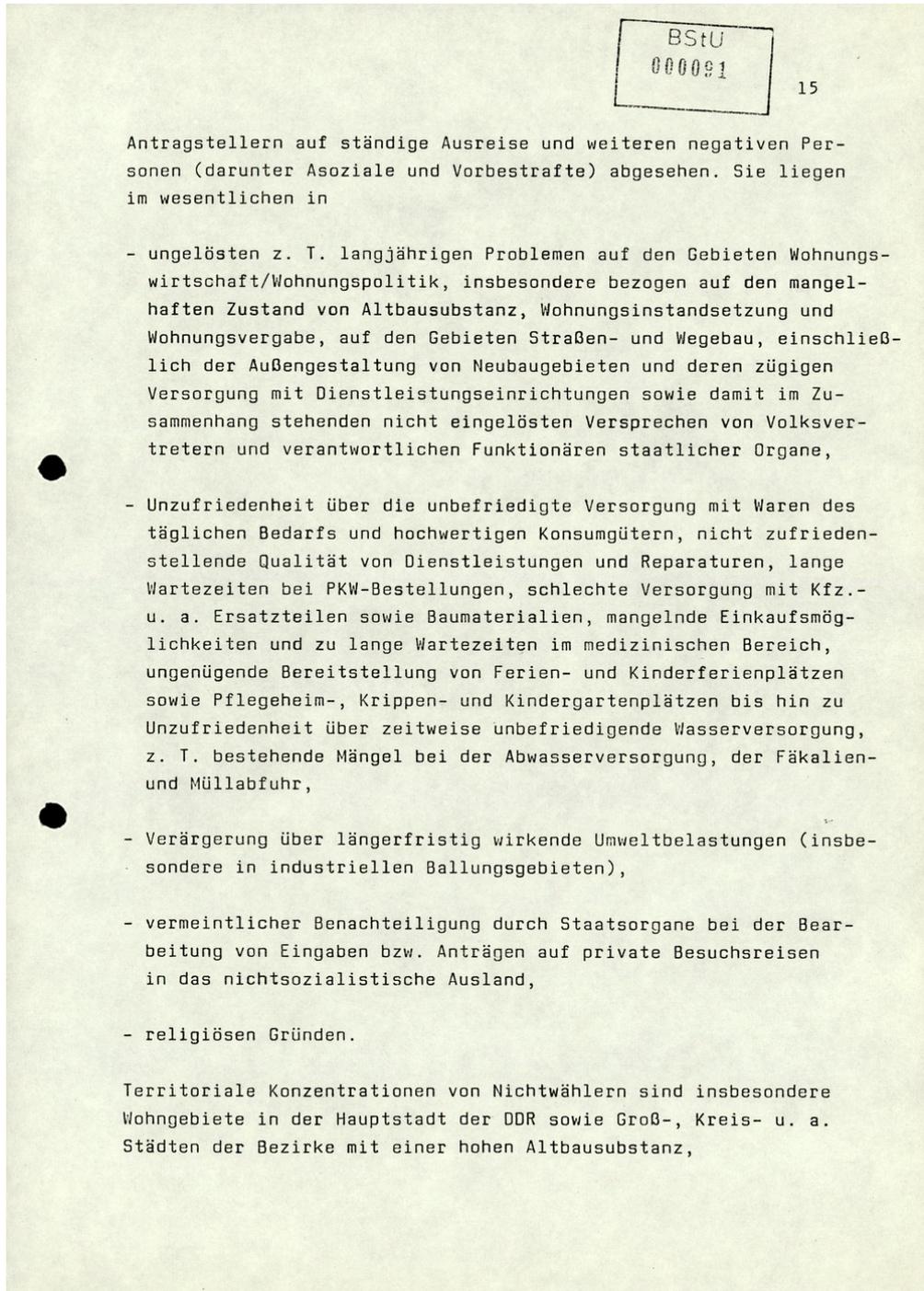


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 90



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

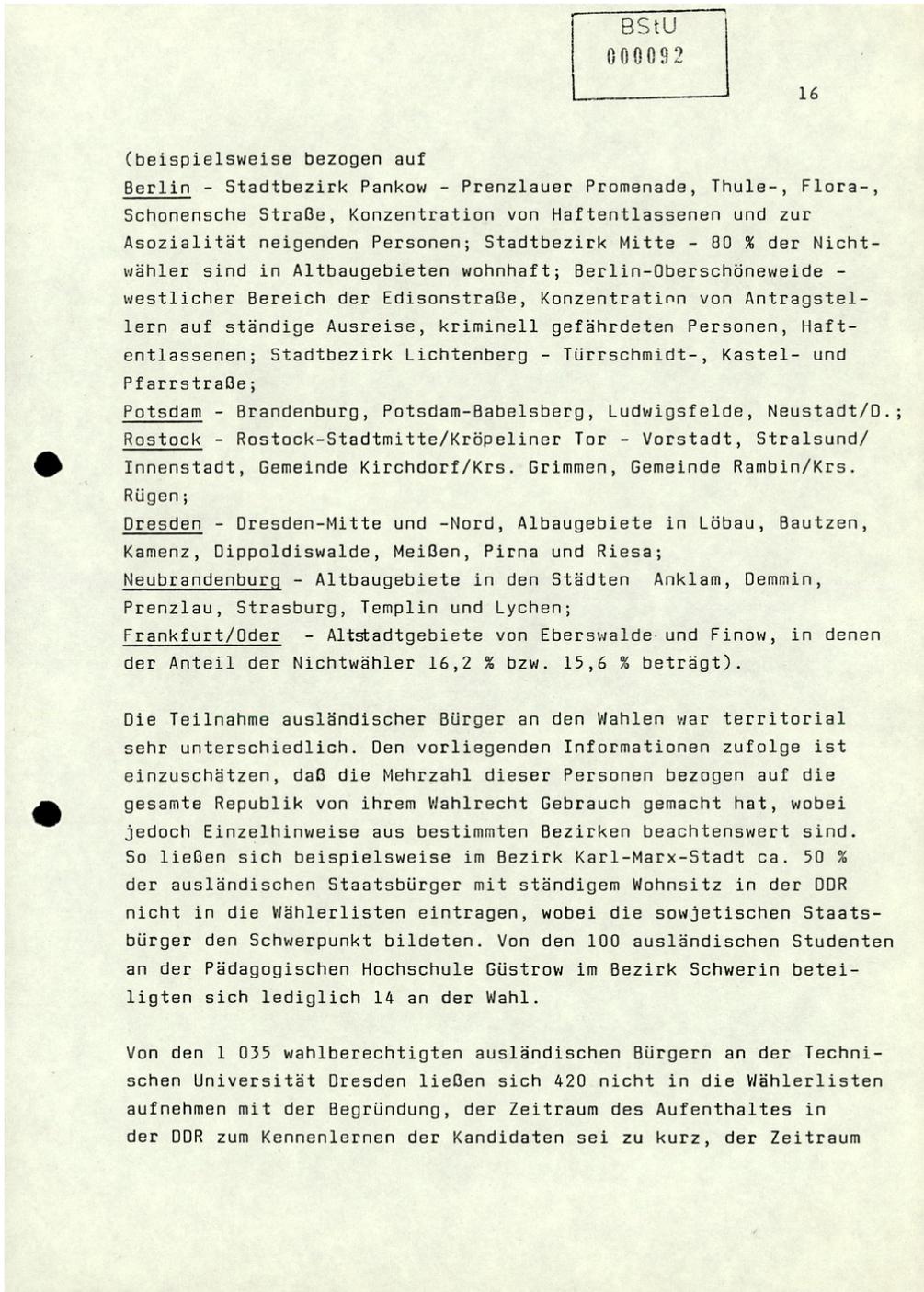


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 91



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989

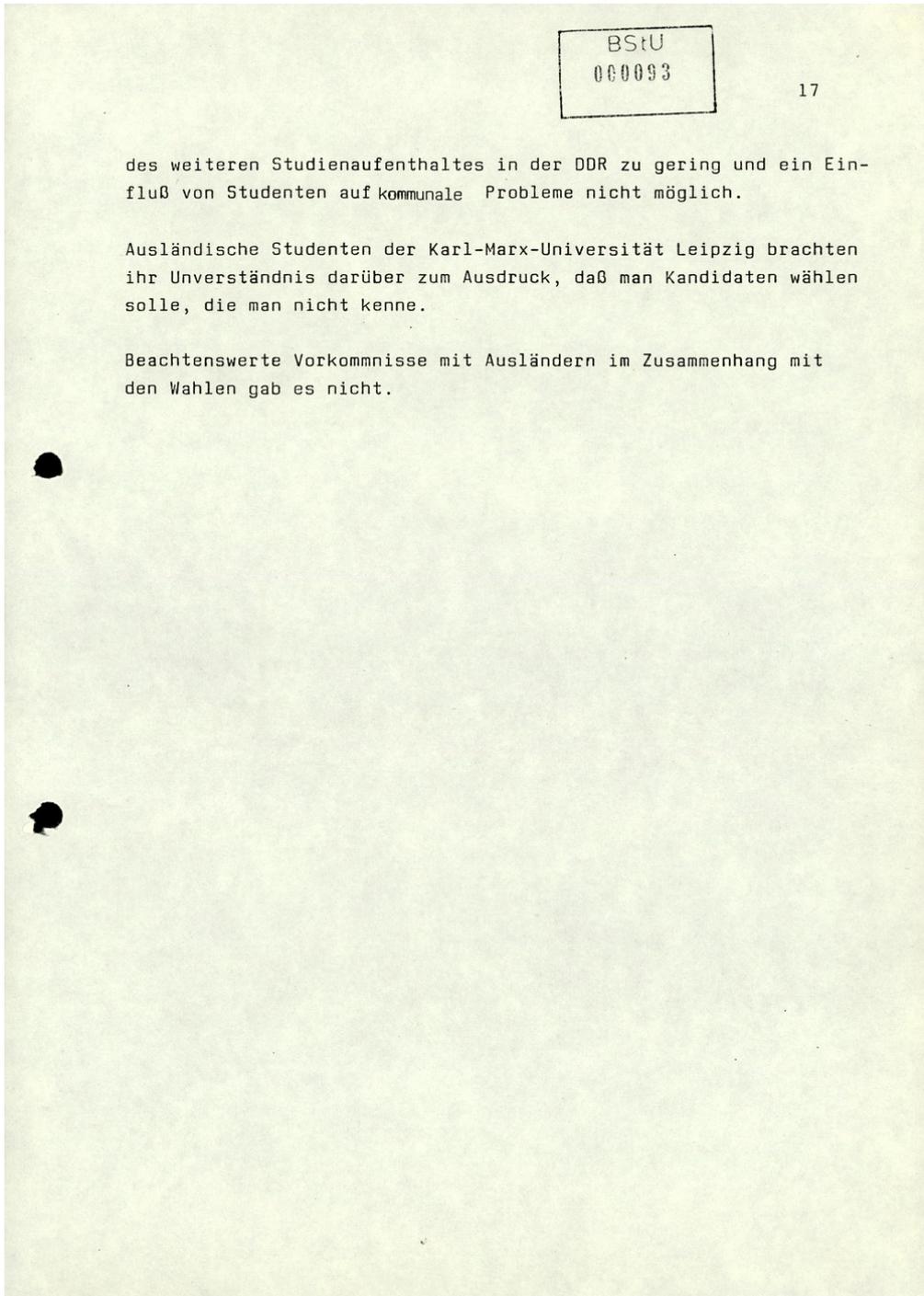


Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 92



## Zu Protestaktivitäten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1989



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5352, Bl. 76-93

Blatt 93

